

Information
gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung
in Bezug auf die Erhebung von Friedhofsgebühren

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Friedhofsamt der Verbandsgemeinde Kaisersesch
Am Römerturm 2
56759 Kaisersesch
Tel.: 02653-9996-122
E-Mail: helga.schlaf@vg.kaisersesch.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Datenschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde Kaisersesch
Sarah Bauer
Am Römerturm 2
56759 Kaisersesch
Tel.: 02653-9996-106
E-Mail: sarah.bauer@vg.kaisersesch.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Erhebung von Friedhofsgebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes Rheinland-Pfalz vom 20.06.1995 (KAG) und den Friedhofsgebührensatzungen der Stadt Kaisersesch, den Ortsgemeinden und der Anstalt des öffentlichen Rechts „Naturbegräbnisstätte Vallis Rosarum Binningen/Eifel“ in der jeweils geltenden Fassung.

3. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten:

Interne Empfänger personenbezogener Daten (z.B. Weiterleitung im Rahmen des Verfahrens an andere Fachbereiche) sind der Fachbereich 4 der Verbandsgemeindeverwaltung Kaisersesch und dort das Sachgebiet 4.2 – Verbandsgemeindekasse zum Zwecke der Einziehung und –erforderlichenfalls der zwangsweisen Eintreibung- der veranlagten Gebühren.

4. Dauer der Speicherung:

731-51 Erhebung von Friedhofsgebühren = 20 Jahre

5. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 DS-GVO).
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

6. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Prof. Dr. Dieter Kugelmann, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, 06131-208-2449, poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.